

Kommunal-Info Mannheim

Tag der Menschenrechte: Auch Flüchtlinge wollen menschenwürdig leben

Tag der Menschenrechte: Auch Flüchtlinge wollen menschenwürdig leben

Nach jahrelangen Bemühungen geht es voran



Am Tag der Menschenrechte fand die Veranstaltung „Auch Flüchtlinge wollen menschenwürdig leben!“ im Karl-Friedrich-Gymnasium (KFG) statt. Zur Veranstaltung aufgerufen hatten der Stadtjugendring Mannheim, die Linksjugend, die Grüne Jugend, die Jusos in der SPD, die Arbeitsgemeinschaft Abschiebehaft und die Initiative Freie Flüchtlingsstadt. Organisatoren waren das KFG, die „Save me“-Kampagne und der Verein KulturQuer-QuerKultur.

Die mit 100 Zuhörern gut besuchte Veranstaltung begann mit einem Vortrag des Altphilologen Prof. Hermann Wiegand, Direktor des KFG. Er gab einen Überblick über die Geschichte der Idee der Menschenrechte. Danach informierte Ulrike Duchrow vom Flüchtlingsrat Baden-Württemberg über den aktuellen Stand der Flüchtlingsaufnahme und -unterbringung.

Eine KFG-Schülerin äthiopischer Abstammung trug den Erlebnisbericht eines in der Sammelunterkunft Industriestraße lebenden Asylbewerbers aus dem Mittleren Osten vor, der plastisch verdeutlichte, was die Unterbringung von über 400 oft auch traumatisierten Menschen in einer Einrichtung bedeutet. Er sparte auch nicht Schilderung von Konflikten aus,

wenn vier sehr unterschiedliche Muslime von orthodox bis areligiös ein Zimmer teilen müssen.

Anschließend diskutierten Hermann Genz, Leiter vom Fachbereich Arbeit und Soziales der Stadt Mannheim, und Anna Barbara Dell, Patin der „Save me“-Kampagne und Vorstandsmitglied von KulturQuer-QuerKultur, mit dem Publikum. Dazwischen spielten Schülerinnen und Schüler des KFG klassische Musik. Veit Lennartz moderierte die Veranstaltung.

In der Mitte der Gesellschaft angekommen

Die Aula des humanistischen Karl-Friedrich-Gymnasiums ist wahrlich ein Ort in der Mitte der Gesellschaft. Die Idee, an diesem Ort darüber zu reden, dass Flüchtlinge Anspruch auf menschenwürdige Lebensbedingungen haben, dass Menschenrechte in Deutschland erst noch umfassend durchzusetzen (und kein Kampfbegriff zur Begründung „humanitärer Kriegseinsätze“) sind – diese Idee der save-me-Kampagne war sehr verdienstvoll.

Die auf der Veranstaltung angeprangerten Zustände in der Sammelunterkunft werden schon seit deren Bestehen, seit über 20 Jahren von einzelnen Initiativen immer wieder kritisiert. Im Gemeinderat gab es in den letzten Jahren zunehmend Anfragen und Anträge, die sich auf die Immobilie und deren Nutzung bezogen, die das Thema Einzelunterkünfte in normalen Wohnungen ansprachen. Aber so richtig ging es nicht voran.

Einen Durchbruch stellt das BVG-Urteil zum Asylbewerberleistungsgesetz dar: Es stellt den Grundsatz auf, dass die Gestaltung der Lebensbedingungen der Asylbewerber nicht asylpolitisch missbraucht werden, dass sie nicht der Abschreckung dienen dürfe. Auch die grün-rote Landesregierung hat sich die Verbesserung der Lage der Flüchtlinge ins Programm geschrieben. Ein Ergebnis all dieser Bemühungen und des Drucks ist z.B., dass seit 1. Dezember der Point-Store Pyramidenstraße geschlossen ist, nachdem die Asylbewerber nicht mehr mit Sachleistungen oder Punktegutscheinen sondern mit Bargeld ausgestattet werden.

OB Dr. Peter Kurz hat im September den Sozialamtsleiter Hermann Genz und somit das Dezernat II in die Gesamtverantwortung für die Asylbewerberunterkunft gestellt. Zuvor war das Thema ständig zwischen Sozial- und Finanz-Dezernat (Liegenschaften) hin- und hergeschoben worden. Genz ist vom Gemeinderat am 26. September beauftragt worden, den kommunal untergebrachten Flüchtlingen, d.h. jenen mit abgeschlossenem Asylverfahren, den Umzug in Normalwohnungen zu ermöglichen, also auch entsprechenden Wohnraum zu suchen.

Der Runde Tisch

Bemerkenswert am Tag der Menschenrechte: Erstmals sitzen fast alle, die sich mit der Lage der Asylbewerber befassen oder zu befassen haben, in einem Raum zusammen. Neben den aufrufenden Initiativen und Institutionen waren auch Vertreter des Bündnis gegen Abschiebungen und des Legal Team Heidelberg-Mannheim gekommen, welches im Sommer den Marsch der „sans papiers“ auch durch Mannheim organisierte. Sogar ein Flüchtling aus dem Heim war präsent. Damit eröffnet sich hoffentlich auch eine bessere Vernetzung der „Unterstützer-Szene“. Sie kann sie dringend brauchen, um eine bessere Wirkung in die Gesellschaft hinein zu erzielen.

Genz berichtete ausführlich über die Situation, die er nun auch als „unhaltbar“ bezeichnete. Vertreterinnen von Diakonie und Caritas, die in der Sammelunterkunft arbeiten, machten auf konkrete Probleme aufmerksam, die es zu überwinden gelte. Die immer wieder heftig kritisierte Eingangssituation der Sammelunterkunft wurde von Genz vor allem als Schutzmaßnahme gegen Übergriffe auf Asylbewerber und gegen das unkontrollierte Ein- und Ausgehen von Drogenhändlern verteidigt. Allerdings räumte er ein, dass man das Ziel vielleicht auch anders als gegenwärtig erreichen könne. Das Arbeitsverbot für Asylbewerber ist laut Genz das größte Integrationshindernis. „Das Schlimmste ist die Langeweile!“. Allerdings müsse klar sein, dass nicht alle Asylbewerber in Deutschland bleiben könnten, manche müssten mit Abschiebung rechnen...

Genz versprach, im 1. Quartal 2013 einen Runden Tisch aller Beteiligten, also auch der Initiativen und Betroffenen, offiziell einzuberufen – eine Forderung, die DIE LINKE bereits in einem Antrag formuliert hatte. Ein erster Impuls in dieser Richtung entstand durch die „Macht des Faktischen“: Als am 4. Dezember auf Antrag von Stadträtin Gudrun Kuch der Arbeits- und Sozialausschuss in der Asylbewerberunterkunft zusammenkam, um sich die Einrichtung anzusehen, waren auch – ungeladen – die Asyl-Initiativen zugegen. Ihre Anwesenheit in der Sitzung wurde einvernehmlich „geduldet“.

Der Runde Tisch wird folgende Aufgaben zu erledigen haben: Möglichst rasch den Umzug der „kommunal“ untergebrachten Flüchtlinge zu organisieren. Hierbei wird auch bürgerschaftliche Hilfe erforderlich sein. Die GBG kann – so Genz nach einem Gespräch mit der GBG – höchstens 20 Wohnungen zur Verfügung stellen. Auch die Lage der zunächst zum Verbleib in der Sammelunterkunft gezwungenen Flüchtlinge („staatliche“ Unterkunft) mit noch laufendem Verfahren muss verbessert werden. Auch für diese Menschen muss nach anderen Unterbringungslösungen gesucht werden. Der Zustand der Räume und Sanitäreinrichtungen ist überwiegend gesundheitsgefährdend und unzumutbar.

Finanzbedarf

Dem Arbeits- und Sozialausschuss wurde am 6. Dezember offenbart, wie der Mietvertrag für die Liegenschaft Industriestraße aussieht. Es ist nicht damit zu rechnen, dass die Stadt in den nächsten zwei Jahren aus dem Vertrag herauskommt. Somit wird jede Wohnung außerhalb zu einer finanziellen Doppelbelastung. Außerdem ist der Vermieter nicht zu Instandhaltungs- und Sanierungsarbeiten verpflichtet, da es sich um eine Gewerbeimmobilie handelt.

Der Vertrag ist nicht anders als skandalös zu bezeichnen. Er kam unter dem Druck des dringenden Raumbedarfs zu Spitzenzeiten des Flüchtlingsstroms zustande und wird hoffentlich noch ein Nachspiel haben. Der Gemeinderat wird nicht umhinkommen, zusätzliche Finanzmittel für ein menschenwürdiges Leben der Flüchtlinge aufzubringen. Dann wird sich zeigen, wie sehr das Menschenrecht als Verpflichtung in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist. tht

[Kommunal-Info Mannheim 26/2012]